

**Grundsatzrede
des GdP-Landesvorsitzenden Arnold Plickert
beim 31. Ordentlichen Landesdelegiertentag
der Gewerkschaft der Polizei NRW**

Dortmund, 1. April 2014

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es ist eine gute Tradition der Landesdelegiertentage der GdP, dass der Vorsitzende zur grundsätzlichen Ausrichtung der Organisation Stellung nimmt. Welche großen Linien ergeben sich in der Rückschau auf die letzten vier Jahre und worauf stellen wir uns für die kommenden vier Jahre ein?

Rückblick

Was hat sich in der Polizei des Landes NRW in den letzten vier Jahren alles verändert? Und welche Rolle hat die GdP in diesem Veränderungsprozess gespielt?

Ich werde mich dabei auf einige zentrale Ereignisse konzentrieren.

2010: Erste Schritte der neuen Landesregierung

Das erste einschneidende Ereignis war die Landtagswahl im Mai 2010.

Der damals gewählte neue Geschäftsführende Landesbezirksvorstand war gerade zweieinhalb Wochen im Amt, als die schwarz-gelbe Landesregierung abgewählt wurde. Es kam zu einem 5-Parteien-System im Landtag und nach mehrwöchigen, schwierigen Verhandlungen zur Bildung einer Minderheitsregierung.

Die GdP hat sich auf die veränderte Situation sehr schnell eingestellt.

Wir haben sehr früh deutlich gemacht, welche Erwartungen wir an die künftige Landesregierung haben: Die Wiederherstellung der von Schwarz-Gelb geschleiften Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, die Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei, die strategische Verankerung eines Gesundheitsmanagements und die Wiedereinführung Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage standen ganz oben auf unserem Forderungskatalog.

Im Oktober gab es dann einen neuen Sporterlass und die Dienstvereinbarung zum Behördlichen Gesundheitsmanagement bei der Polizei. Beides waren wichtige Erfolge für die GdP. Sie zeigen: Beharrlichkeit zahlt sich aus, auch wenn es bei der Umsetzung bis heute hapert.

Nach dem Regierungsantritt von Rot-Grün trat aber zunächst ein ganz anderes Ereignis in die Vordergrund: die Tragödie bei der Loveparade im Juli 2010 in Duisburg.

Wir alle kennen das schreckliche Ergebnis: Statt eines großen Events gab es 21 Tote und über 500 Verletzte.

In den folgenden Wochen und Monaten sind immer wieder schwere Vorwürfe gegen den Veranstalter und gegen die Stadt Duisburg erhoben worden. Aber auch der Polizei wurden Vorwürfe gemacht.

Die GdP verneigt sich vor den Opfern der Loveparade.

Wir fordern, dass alles getan wird, damit es nie mehr zu einer derartigen Tragödie kommen kann. Deshalb ist für uns die rückhaltlose Aufklärung der Ursachen dieser Tragödie wichtig. Pauschale Schuldzuweisungen helfen niemandem weiter. Darauf haben wir immer wieder gedrängt.

2011: Rückkehr der Mitbestimmung

Das Jahr 2011 stand vor allem im Zeichen der Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes.

Im Januar kam es zu einer heftigen Diskussion im Landtag: Entgegen den Zusagen während der Oppositionszeit und zu Beginn der Minderheitsregierung wurden die Gewerkschaften von Rot-Grün an der Reformdebatte zunächst nicht ausreichend beteiligt.

Das hat sich erst geändert, nachdem die GdP massiv dagegen protestiert hat. Es folgte ein intensiver Dialogprozess mit den Landtagsfraktionen und den Vertretern des federführenden Innenministeriums, an dessen Ende ein neues Gesetz stand, in dem die Mitbestimmung wieder ernst genommen wird, zumindest auf dem Papier.

Das neue LPVG ist kein Geschenk, sondern ein Wahlversprechen, dessen Umsetzung die GdP durchgesetzt hat.

Nach dem Schimmelschnitzelskandal konnten wir zudem deutliche Qualitätsverbesserungen bei der Einsatzverpflegung durchsetzen. Die Polizeiküchen in Selm, Brühl und Schloss Holte-Stukenbrock konnten erhalten werden.

Zu guter Letzt: Mit der Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1400 sind wir auch auf dem Weg zur Umsetzung unserer Kernforderung nach mehr Personal für die Polizei in NRW einen weiteren Schritt vorangekommen.

2012: Personalratswahl - NRW bleibt grün

Das zentrale Thema war 2012 zunächst der Nachersatz. Bereits 2011 hatte das Innenministerium versucht, den Nachersatz im Ermittlungsdienst neu zu regeln. Dabei wurden die Anforderungen der anderen Arbeitsbereiche der Polizei zum Teil hintenan gestellt. Im Januar 2012 hat die GdP deshalb ein Alternativmodell vorgelegt, das die Altersstruktur in den Behörden insgesamt in den Blick nimmt. Wir haben gefordert, dass im Ermittlungsdienst der Anteil der unter 30-Jährigen abhängig von den einzelnen Alterskohorten stufenweise steigt. Ein Jahr später hat sich das Innenministerium die Vorschläge der GdP im Wesentlichen zu Eigen gemacht. Aber auch hier gibt es im Detail noch Nachbesserungsbedarf.

Das nächste herausragende Ereignis des Jahres 2012 waren die Personalratswahlen. Die GdP erzielte ein überragendes Ergebnis: In 45 der 50 Polizeibehörden mit eigenem Personalrat konnte sie die Mehrheit erringen. Im PPHR kam sie auf 11 von 15 Sitzen. Wir haben damit das bereits gute Ergebnis von 2008 weiter ausgebaut. Diesen Erfolg verdanken wir der hervorragenden Arbeit der GdP Kreisgruppen. Ohne die Präsenz und das Engagement von GdP-Mitgliedern vor Ort wäre das nicht möglich.

2013: Das Jahr des Wortbruchs

Die erste einschneidende Veränderung im vergangenen Jahr war das Inkrafttreten der neuen AZVOPol im Januar 2013. Die Veränderung der AZVOPol ist ein erster Schritt hin zu einem gesünderen Schichtdienst. Das geht nicht von heute auf morgen und deshalb kann man eine Neuregelung nicht übergangslos in Kraft setzen. Für die GdP waren die Herausforderungen, vor die die Veränderung von Schichtsystemen die Polizei und die Beschäftigten stellt, immer klar. Gerade deshalb haben wir durchgesetzt, dass es eine Probephase für den Umbau der Schichtsysteme bis 2015 gibt.

Das hat gerade auch mit der angespannten Personalsituation bei der Polizei zu tun, die uns auch 2013 erneut beschäftigt hat. Unter dem Titel „Initiative Polizei 2020“ sind wir landesweit für die Forderung auf die Straße gegangen, dass die Landesregierung die Zahl der Neueinstellungen zumindest auf 1500 brutto erhöht, damit netto am Ende der dreijährigen Ausbildungsphase zumindest 1400 Nachwuchspolizistinnen und -polizisten heraus kommen.

Dass es gelingen würde, die Zahl der Neueinstellungen tatsächlich auf 1500 zu erhöhen, hätte uns anfangs niemand zugetraut. Genauso wenig wie die Verdopplung der Einstellungszahlen im Jahr 2008 von damals 500 auf 1100. Beides hätte es ohne die GdP nicht gegeben.

Die Steigerung auf 1500 Neueinstellungen wird das Problem der angespannten Personalsituation aber nicht auf Jahre hinaus lösen. Sie öffnen nur ein Zeitfenster in dem die Politik reagieren muss. Denn trotzdem werden wir ohne erneute Heraufsetzung der Einstellungszahlen bis 2025 ca. 3700 Stellen verlieren. Die Forderung nach Erhöhung der Einstellungszahlen wird uns deshalb auch in den kommenden Jahren weiter begleiten.

2013 war aber nicht nur ein Jahr der Erfolge, sondern es gab auch den „schwarzen Montag“: Am 18.03.2013 verkünden Kraft, Löhrmann und Walter-Borjans, dass die Tarifierhöhung nicht bzw. nur abgesenkt auf die Beamten übertragen wird.

Nur drei Tage später stand die erste Mahnwache der GdP vor dem Düsseldorfer Landtag. Bis zum Juli folgte eine Vielzahl von Aktionen, vor allem vor Ort in den Kreisgruppen.

Ich kann deshalb zu Recht sagen, dass ich stolz auf „meine“ GdP bin. Ich kann ohne Überheblichkeit feststellen, dass wir – und damit vor allem Euch - die einzigen waren, die während des ganzen Zeitraums des Gesetzgebungsverfahrens nahezu immer überall aufgetaucht sind, wo sich Regierungsvertreter blicken ließen.

Wir haben damit ein ganz deutliches Signal gesetzt: Diese GdP lässt es nicht zu, dass Polizistinnen und Polizisten zum Sparschwein einer Landesregierung gemacht werden. Vor allem aber haben wir deutlich gemacht: Wir lassen uns nicht spalten!

Am 10. Juli hat die rot-grüne Landesregierung das Gesetz durch den Landtag gedrückt. Das war ein schwerer Fehler. Die Landesregierung hat einen hohen Preis dafür bezahlt. Und die Geschichte ist auch noch nicht zu Ende: Jetzt werden die Gerichte entscheiden. Was soll ich sagen? Mir raubt das nicht den Schlaf. Ich bin da guter Dinge.

2013 und 2014 wird mit zusammen nochmal 8341 Beförderungen die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn abgeschlossen.

Wenn diese Beförderungen ausgesprochen sind, waren das insgesamt 16.000 Beförderungen, die auf das Konto der zweigeteilten Laufbahn gehen. Die hätte es sonst nicht gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ganz im Ernst: Wenn mir vor 20 Jahren jemand gesagt hätte, dass ich es während meiner aktiven Dienstzeit erlebe, dass in NRW Polizistinnen und Polizisten nur noch im gehobenen oder höheren Dienst sein werden, den hätte ich schon für fantasievoll gehalten. Heute haben wir uns daran schon fast gewöhnt, aber diese 16.000 hätte es ohne die GdP nicht gegeben.

Auf den Begriff „zweigeteilte Laufbahn“ und das dahinter stehende Modell hat die GdP nämlich das Patent. Und zwar seit 1972. Da haben wir das zum ersten Mal aufgeschrieben.

Blick nach vorn

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser kurze Rückblick zeigt eines: Die GdP ist die gestaltende Kraft in dieser Polizei. Und das ist gut so. Daran möchte ich nichts ändern. Im Gegenteil. Diese Polizei braucht die GdP mehr denn je:

Ohne die gestaltende Kraft der GdP wird unsere Zukunft und die Zukunft der Polizei in NRW ausschließlich von den politischen Fehlentscheidungen der Vergangenheit geprägt. Damit meine ich die Föderalismusreform I ab 2005 und die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Sie sind die eigentlichen Ursachen für die drohenden Verschlechterungen, die überall auf uns zurollen.

Egal ob es um die Besoldung, die Versorgung oder das Laufbahnrecht geht – überall sind wir mit Veränderungen konfrontiert, die nicht auf eine Modernisierung des Staates gerichtet sind, sondern die fast ausnahmslos von einer fantasielosen Politik nach Kassenlage geprägt sind.

Für die Polizei heißt das: Nicht die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nach Innerer Sicherheit stehen im Vordergrund, sondern Sparorgien.

Nicht nur die Polizei, sondern der gesamte öffentliche Dienst wird schlichtweg kaputt gespart. Und das in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen nur so sprudeln und in der der Finanzminister jeden Monat neue Rekordmeldungen verkündet.

2013 lagen die Steuermehreinnahmen in NRW bei 3,1 Milliarden Euro. Alleine die Mehreinnahmen des Landes sind also höher, als die 2,7 Milliarden Euro, die das Land NRW für die Polizei aufbringt. Mehr ist die Innere Sicherheit der Landesregierung offenbar nicht wert.

Aber die GdP wäre nicht die GdP, wenn wir uns mit dieser Entwicklung abfinden würden. Wenn wir nicht alle Kräfte aufbieten würden, um nicht nur das auf uns zurollende Horrorszenario einer drohenden Schrumpf- und Sparpolizei abzuwenden, sondern um bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit der Polizei durchzusetzen und um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Für die kommenden Jahre sehe ich diese GdP vor vier großen Herausforderungen:

1. Der Umgang mit dem demographischen Wandel in der Polizei
2. Der Abschluss einer Dienstrechtsreform, die diesen Namen verdient
3. Der Umgang mit neuen Deliktsfeldern und steigender Gewalt
4. Die weitere Stärkung der GdP als die Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in NRW.

1. Zum demographischen Wandel

Bereits der Landesdelegiertentag 2010 hat intensiv über die Herausforderung des demographischen Wandels debattiert. Das Thema hat uns bereits die letzten vier Jahre intensiv beschäftigt und wird es auch weiterhin tun. Für die GdP kommt es auf zwei Eckpfeiler entscheidend an:

- **Eine nachhaltige Verbesserung der Personalausstattung der Polizei**

Seit dem Jahr 2000 hat die Politik 1.900 Stellen bei der Polizei in NRW abgebaut. Mit den Konsequenzen haben wir immer noch zu kämpfen. Wenn die Politik heute behauptet, dass sie mit der Erhöhung der Neueinstellungen für die Zukunft vorsorgt, dann kann ich nur eines sagen: Wir sind immer noch weit davon entfernt, die Löcher zu stopfen, die die verfehlte Personalpolitik der vergangenen 10 Jahre gerissen hat. Durch den Stellenabbau bei der Polizei spart der Landeshaushalt 95 Millionen Euro pro Jahr. Den Preis zahlen die Bürgerinnen und Bürger in Form von stagnierenden Aufklärungsquoten. Es reicht. Einen fortgesetzten Personalabbau darf es bei der Polizei nicht geben.

Ihr wisst alle: Auch 1.500 Neueinstellungen reichen nicht aus, um die auf uns zurollende gigantische Pensionierungswelle abzufangen.

Wird die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter nicht erneut erhöht, gehen uns bis 2020 mehr als 600 Kolleginnen und Kollegen verloren. Bis 2025 werden es sogar 3.700 sein.

Die Frage lautet deshalb nicht, ob die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei weiter erhöht wird, sondern wann und in welchen Schritten das geschieht. Die zweite Frage lautet: Welche Aufgaben soll die Polizei in Zukunft noch wahrnehmen?

Das Zeitfenster, das wir der Politik zur Klärung dieser beiden Fragen gelassen haben, schließt sich. Ich verspreche euch deshalb: Beginnt sich die Politik in diesen beiden Punkten nicht endlich zu bewegen, werden wir den Druck auf die politischen Entscheidungsträger massiv erhöhen. So, wie wir das im vergangenen Jahr schon bei der Initiative Polizei 2020 gemacht haben, und so wie wir das davor gemacht haben, als wir die Erhöhung der Einstellungszahlen von 500 auf 1100 durchgesetzt haben. Und wir werden uns auch diesmal wieder durchsetzen. Aber zur Personalausstattung der Polizei gehört mehr, als nur auf die Einstellungszahlen der Beamtinnen und Beamten zu schauen. Ähnlich wie im Vollzugsbereich zeichnet sich auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine dramatische Überalterung ab. Im Tarifbereich ist das auch Ergebnis einer verfehlten Personalpolitik, die Beschäftigte nicht als wichtigstes Kapital dieser Polizei sieht, sondern nur als Kostenfaktor.

Konsequent richtig ist einzig die Umkehr des Stellenabbaus im Tarifbereich, um dafür Sorge zu tragen, dass Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte von vollzugsfremden Aufgaben entlastet werden und sich wieder auf ihre originären Aufgaben konzentrieren können.

- **Eine Lösung für das drängende Problem der Verwendungseinschränkung**

Seit mehr als einem halben Jahr liegt im Innenministerium der Abschlussbericht der AG Verwendungseinschränkung vor. Die darin enthaltene Fortschreibung des Altersstrukturberichts macht nicht nur deutlich, dass unsere Berechnungen zur Personalentwicklung stimmen. Der Altersstrukturbericht zeigt vor allem überdeutlich, dass wir es nicht nur mit weniger Polizisten zu tun bekommen, sondern aller Voraussicht nach mit noch mehr langfristigen und dauerhaften Erkrankungen unter denen, die dann noch da sind. Eine Antwort auf die drängende Frage, welche Zukunftsperspektive das Innenministerium den Kolleginnen und Kollegen bieten kann, die während des Dienstes bei der Polizei dauerhaft erkrankt sind, gibt es bislang nicht. Bekannt geworden ist lediglich die Ankündigung von Abteilungsleiter Düren, dass Fußkranke möglichst geräuschlos aus der Polizei entfernt werden sollen.

So geht das nicht. Weder für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, noch für die Polizei. Deshalb werden wir auf eine Änderung der PDV 300 drängen, damit im Dienst erkrankte Polizistinnen und Polizisten entsprechend ihrer gesundheitlichen Möglichkeiten bei der Polizei eingesetzt werden. Und wir werden ein Konzept einfordern, wie die Verpflichtungen der Behörden, die sich der Betriebsvereinbarung zum Behördlichen Gesundheitsmanagement bei der Polizei ergeben, endlich in die Praxis umgesetzt werden, damit krank machende Arbeitsfaktoren abgebaut werden, statt Kranke auszusortieren.

2. Zur Dienstrechtsreform

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung steht zur Dienstrechtsreform folgendes: „Wir wollen einen starken öffentlichen Dienst als wesentliche Voraussetzung für einen handlungsfähigen, bürgerfreundlichen Staat und als wichtige Säule für ein demokratisches und friedliches Zusammenleben.“

Wer noch an das Dienstrechtsanpassungsgesetz vom Mai 2013 denkt und vor allem noch die letzte Besoldungsrunde im Hinterkopf hat, für den klingt das nach Spott und Hohn. Deshalb bleibt es dabei: Auch in den kommenden Monaten und Jahren, werden wir der Politik erklären müssen, dass das nicht mit weiterem Abbau geht. Ich bin froh, dass sich diese Einsicht auch langsam bei der Landesregierung durchzusetzen scheint. Aber auch hier gilt: Vom schönen Schein können wir uns nichts kaufen. Deshalb bleibt die GdP hart.

Unsere Vorschläge zur Dienstrechtsreform liegen seit mittlerweile dreieinhalb Jahren auf dem Tisch liebe Kolleginnen und Kollegen:

1. Die Besoldung muss sich an der Funktion orientieren.
2. Eine faire und zeitgemäße Erschwerniszulagenverordnung, die alle Tätigkeitsfelder mit Erschwernissen auch abdeckt.
3. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage
4. Mehr Flexibilität für die Beschäftigten durch Langzeitkonten
5. Mehr Flexibilität durch die Einrichtung eines Ruhestandskorridors in Verbindung mit der Faktorisierung der Lebensarbeitszeit.
6. Das Dienstunfallrecht muss an moderne wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst werden.
7. Ein durchgängiges Laufbahnrecht muss es auch für die Polizei geben. Wir brauchen einen prüfungserleichterten Aufstieg in den höheren Dienst genauso wie mehr und bessere Aufstiegsmöglichkeiten jenseits von A13 in der Polizei. In keinem anderen Bereich im öffentlichen Dienst stehen Verantwortung und Besoldung in einem so dürftigen Verhältnis.

Zwei Themen möchte ich noch besonders herausgreifen:

- **Wir brauchen mehr Flexibilität für die Beschäftigten durch Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.**

38 Prozent aller Direkteinsteiger bei der Polizei sind Frauen. Auch das traditionelle Bild vom Mann als Versorger, der mit Erziehung, Pflege und Haushalt nichts zu tun hat, wandelt sich. Immer mehr von uns stehen vor der Herausforderung, pflegebedürftige Angehörige zu betreuen. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ist deshalb längst kein weiches Thema mehr, sondern sie ist mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Polizei.

Wenn wir die Frage der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht endlich ernsthaft angehen, werden wir schon bald bei der Polizei gigantische Familienausfallzeiten erleben.

- **Wir brauchen dringend eine Steigerung der Attraktivität des Wach- und Wechseldienstes durch eine Faktorisierung der dort erbrachten Arbeitszeit und den Abbau krankmachender Faktoren im Schichtdienst.**

Schichtdienst lässt sich bei der Polizei nicht vermeiden, aber er kann wesentlich weniger gesundheitsbelastend gestaltet werden, als das bislang geschieht.

Außerhalb der Polizei gibt es keine Branche in der dauerhaft in einer 41 Stunden-Woche im durchgehenden Wechselschichtdienst gearbeitet wird. Deshalb gehört für mich die Forderung nach einer Abkehr von der aus Sparzwängen eingeführten Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ganz oben auf die Tagesordnung, wenn es darum geht, die bestehenden Schichtdienstmodelle so zu verändern, dass sie nicht mehr zwangsläufig in eine Dauererkrankung münden.

Dazu gehört auch zwingend der Grundsatz, dass, wer lange Jahre Schichtdienst geleistet hat, auch entsprechend früher gehen darf. Und zwar nicht erst nach 25 Jahren, sondern auch schon früher.

Auch hier gilt: Das Innenministerium hätte längst handeln müssen, statt die Probleme auszusetzen. Diese Lücke werden wir jetzt schließen, mit einem eigenen Konzept zur Neugestaltung des Schichtdienstes bei der Polizei.

3. Wie machen wir diese Polizei fit für neue Deliktsfelder und steigende Gewalt

a) Cybercrime.

Die Rahmenbedingungen, unter denen die Polizei arbeitet, verändern sich: Was manche als digitale Revolution bezeichnen stellt auch die Polizei vor große Herausforderungen. Zum einen haben wir es mit einem Abwandern von Kriminalität ins Internet zu tun. Mittlerweile nimmt der Bereich Cybercrime einen immer höheren Stellenwert in der Kriminalstatistik ein. Als Polizei laufen wir der Entwicklung in zweierlei Hinsicht hinterher: Wir brauchen Ansätze, wie die Polizei sich das notwendige sachkundige Personal verschafft, um diesen neuen Kriminalitätsformen effizient zu begegnen. Wir müssen auch über die Organisation der Kriminalitätsbekämpfung nachdenken. Und eines steht fest: Die analogen Begehungsformen von Kriminalität gehen nicht in gleichem Maße zurück, wie die neuen zunehmen.

b) Dynamische Entwicklung von Deliktsfeldern: TWE

Wie reagieren wir auf Kriminalitätszuwächse bei einzelnen Deliktsfeldern, die so stark sind, dass unsere Ermittlungserfolge gar nicht mehr ins Gewicht fallen? In den vergangenen drei Jahren haben wir die Zahl der aufgeklärten Wohnungseinbrüche um 11 Prozent erhöht, von 6 586 auf 7 476 Fälle. Im gleichen Zeitraum stieg aber die Zahl der verübten Einbrüche von 50 368 auf 54 953 Fälle, so dass die Aufklärungsquote bei 13,6 Prozent verharrt. 2009 lag sie noch bei 14,4 Prozent.

Das Beispiel Wohnungseinbrüche zeigt deutlich, dass die Polizei in NRW personell an ihre absolute Kapazitätsgrenze gestoßen ist. Wir machen gute Arbeit, aber wir können mit dem wachsenden Fallaufkommen nicht Schritt halten.

c) Gewalt gegen die Polizei wirksam bekämpfen

Zu den sich verändernden Rahmenbedingungen gehören auch gesellschaftliche Prozesse: Wir als Polizistinnen und Polizisten erleben es auf der Straße: Das Klima wird rauer. Werteverfall, steigende Brutalität und eine sinkende Hemmschwelle

gehören zum Alltagsgeschäft. Wenn immer mehr Gruppen selbst zu bestimmen versuchen, was für sie Recht und Gesetz ist, dann ist das ein gesellschaftliches Problem, das man nicht kleinreden darf. Es gibt Versuche aus den unterschiedlichsten Richtungen heraus, den Rechtsstaat durch das Recht des Stärkeren zu ersetzen. Wenn Studien zeigen, dass ein Viertel der Angriffe auf Polizisten einen staatsfeindlichen Hintergrund hat, dann ist das ein massives Problem.

Die Zahlen und Fakten der NRW Studie über Gewalt gegen Polizisten werden diesen Delegiertentag noch beschäftigen. Deshalb gehe ich hier noch nicht weiter darauf ein. Über eine Zahl bin ich aber wirklich schockiert: Nur 57 Prozent unserer Kolleginnen und Kollegen, die einen tätlichen Angriff erlebt hatten, haben anschließend einen Strafantrag gestellt. Jeder zweite Polizist, der darauf verzichtet hat, ist davon ausgegangen, dass das Verfahren sowieso eingestellt worden wäre. Das gilt selbst für schwere Straftaten wie gefährliche Körperverletzung. Das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen in die Unterstützung durch den eigenen Dienstherrn, Staatsanwaltschaft und Justiz ist auf einem Tiefpunkt. Hier muss sich etwas tun. Polizisten, die andere schützen sollen, müssen sich auch selbst darauf verlassen können, dass der Staat sie schützt. Deshalb bleibt es für die GdP dabei: Wir brauchen einen §115 im StGB.

Die GdP hat eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus der Studie ganz konkrete Forderungen ableiten. Ich verspreche euch, dass wir unsere Forderungen öffentlichkeitswirksam präsentieren werden. Ich hoffe nicht, dass unser Innenministerium auch in dieser Frage nur auf Druck reagiert.

Der Innenminister ist ja morgen da. Vielleicht erfahren wir ja da schon mehr.

4. Die GdP stärken

2016 sind Personalratswahlen. Die GdP trägt auch mit ihren Mehrheiten Verantwortung für die Entwicklung dieser Polizei. Mit der Reform des LPVG hat die GdP dafür gesorgt, dass Personalräte besser als je zuvor positioniert sind, um Veränderungsprozesse im Sinne der Beschäftigten zu begleiten und dafür Sorge zu tragen, dass mit und nicht gegen die Beschäftigten gearbeitet wird. Das darf aber nicht nur auf dem Papier stehen.

Seit der LPVG-Reform gehört die prozessbegleitende Mitbestimmung zu den selbstverständlichen Rechten der Personalräte. Im Innenministerium hat sich diese neue Rechtslage offenbar immer noch nicht herumgesprochen. Immer wieder haben meine Nachfolger im PPHR ihr Recht auf Mitbestimmung erst auf dem Klageweg oder durch die Drohung damit durchsetzen müssen.

Das ist ein Skandal. Ändert sich das nicht, wird die GdP massiven politischen Druck entwickeln, damit wir nicht nur einen Innenminister erleben, der in Sonntagsreden von einer Mitbestimmung der Beschäftigten auf Augenhöhe schwärmt, sondern der sie auch im eigenen Haus durchsetzt.

Der Konflikt um die Besoldungsrunde 2013 und 2014 hat es mehr als deutlich gemacht, woher der Wind weht. Durchsetzungsfähigkeit werden wir nur mit eigener Stärke erlangen. Für die GdP bedeutet das, genauso wie für jede andere Gewerkschaft auch, dass sie zuerst an der Zahl ihrer Mitglieder gemessen wird. Mit aktuell über 37.000 Mitgliedern und einem Organisationsgrad unter den Berufseinsteigern der letzten drei Jahre von über 90% sind wir gut aufgestellt. Ich möchte mich damit nicht zufrieden geben.

Aktuell läuft die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. Nächstes Jahr folgt die Tarifrunde für die Beschäftigten der Bundesländer. Gerade im Bereich der Tarifbeschäftigten kann diese GdP noch zulegen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich wünsche mir, dass wir in der nächsten Tarifrunde für NRW so aufgestellt sind, dass wir, falls nötig, auch wirklich Druck ausüben können. Diese Polizei ist auf ihre Tarifbeschäftigten angewiesen. Sie sind ein fester Bestandteil der Polizei und auch ein fester Bestandteil dieser GdP. Sie verdienen es, dass wir uns in Tarifverhandlungen mit Nachdruck - und das heißt bis hin zum Streik - für verbesserte Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten einsetzen können.

Ein guter und mit starken Signalen durchgesetzter Tarifabschluss 2015 ist auch unsere Visitenkarte dafür, Beschäftigte, die bisher in keiner Gewerkschaft organisiert sind, davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, eine Gewerkschaft wie die GdP zu unterstützen.

Ich habe bereits vor anderthalb Jahren, als ich das Amt des Vorsitzenden von Frank Richter übernommen habe, gesagt, dass ich diese Organisation mit über 40.000 Mitgliedern erleben möchte. Dieses Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt weiter. Dafür werbe ich um eure Unterstützung.

Schluss

Für mich gehen auf diesem Landesdelegiertentag zunächst 16 spannende Monate zu Ende. Glaubt mir, ich hatte mich in dieser Rolle nicht gesehen. Ich hatte in den vergangenen Monaten einen hervorragenden Vorstand, der mich unterstützt hat. Auch der Landesgeschäftsstelle möchte ich meinen Dank und meine Anerkennung dafür aussprechen, dass sie mich in der neuen Rolle vorbehaltlos und kraftvoll unterstützt hat. Auch viele gute und ermutigende Begegnungen auf örtlicher Ebene, draußen in den Behörden, bringen mich zu dem Ergebnis, dass es eine tolle Zeit war und dass ich heute mit Überzeugung sagen kann: Ich übernehme diese Aufgabe gerne.

Diese Monate waren eine bewegende Zeit, in der wir gemeinsam viel erreicht haben. Aber ich möchte mich auch nicht mit fremden Federn schmücken. Einiges von dem, worüber wir uns heute freuen können, ist nicht unter meinem Vorsitz vorbereitet und umgesetzt worden. Mein Dank und mein Respekt gelten daher auch meinem Vorgänger Frank Richter, der einen großen Beitrag zu einer gelungenen letzten Legislaturperiode geleistet hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe über die Herausforderungen für die Zukunft gesprochen. Herausforderungen sind dazu da, angepackt zu werden.

In diesem Sinne freue ich mich auf diesen Delegiertentag, auf harte Debatten und gute Beschlüsse, die diese Organisation nach vorne bringen.

Vielen Dank